Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion z. adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 2. [48. Jahrgang.] Sonntag den 3. Januar 1909. Erste (Abend-)Ausgabe. [48. Jahrgang.] Nr. 2.

Berlin, den 2. Januar.

Rückblicke.

Von Woche zu Woche haben wir die innerpolitischen Fragen und Begebnisse des abgelaufenen Jahres 1908 an dieser Stelle zusammenzufassen und die oft widerstreitenden Ansichten darüber zu skizzieren versucht. Solch eine regelmäßige Beschäftigung ist aber eher geeignet, die Sitte allgemeiner Jahresrund-Betrachtungen zum 1. Januar wohl als einen löblich überkommenen Brauch, weit weniger jedoch als eine Quelle direkter Förderung des nachmals abgeklärten Urteils erscheinen zu lassen. Um dies sein zu können, müßten die entsprechenden Perspektiven natürlich gerade von dem äußerlichen, rein kalendarischen Einschnitt absehen und sich an die — freilich nicht immer vorausbestimmbaren — Abschlußmomente politischer Entwicklungsphasen halten. Es kommt denn auch nur selten vor, daß die Geschichtschreibung, selbst wenn sie erst vorläufigen Charakters ist und zunächst Grundlinien der Geschehnisse entwirft, auf die Neujahrsbetrachtungen in der Presse zurückgreift. Sie sind Augenblicksbilder der Stimmung, bei welcher man sich angelangt fühlt, und es ist in der Regel auch noch fraglich, ob die einzelnen Organe dabei immer die Meinungen und Wünsche derjenigen Kreise ganz genau interpretierten, die sie speziell vertreten wollen. Doch soll durch diesen Vorbehalt der inhaltliche Wert nicht bestritten sein, der auch einer Reihe diesjähriger Artikel in der deutschen Presse aus Anlaß des Jahreswechsels zuzubilligen ist. So hat z. B. die Kölnische Zeitung das praktisch gar nicht lösbare Problem zu vermeiden gewußt, einen solchen Zeitraum, der bis gestern reicht, mit ein paar hundert Worten anders und besser als eben nur dialektisch oder aphoristisch schillernd abzutun. Sie widmet den deutschen Vorgängen des soeben abgelaufenen Jahres eine nach Materien gegliederte und im ganzen sachlich ergiebige Schilderung, die ohne Breite doch ausführlich angelegt ist. Einleitend wird das Schreiben des Reichskanzlers vom Silvestertage 1906, das die Losung der Blockpolitik brachte, berührt, sodann auf die erste Blockkrisis im Dezember 1907 und ihre loyale Beilegung, endlich auf die inneren Geschehnisse hingewiesen, die der November 1908 durch die Veröffentlichung im Daily Telegraph mit sich brachte. Hierzu wird betont: „Es ist gewiß ein nichtssagender Zufall, daß diese drei wichtigsten Ereignisse der jüngsten deutschen Geschichte sich derart in einer zeitlichen Harmonie abgespielt haben; aber Zufall kann es nicht mehr sein, daß das deutsche Volk, wenn es von Zeit zu Zeit vor außerordentliche, gefahrenschwangere Entscheidungen gestellt wird, sich stets der Schwere des Augenblicks bewußt ist und mit einer Würde, die auch das Ausland zur Anerkennung zwingt, die Verwicklungen löst. Wir, die wir das alles soeben erlebt haben und noch miterleben, stecken wohl noch zu sehr in den Dingen, um entscheiden zu können, welche Richtung diesen Ereignissen gemeinsam ist, ob wir ein Stück voran gekommen sind. Manches muß von solchem Selbstlob abschrecken; wir haben es erlebt, als die ernsten Tage heraufzogen, daß ein Nebel von gleichgültigen, ungerechten, ja geradezu törichten Anklagen die Hauptfrage verdunkelte, und als man die Früchte einheimsen wollte, daß Forderungen erhoben wurden, die den Gewinn überhaupt in Frage stellen mußten. Aber die Geschichte stolpert nicht über Nebensächlichkeiten; und deshalb läßt sich mit wenigen Worten sagen, woher die Aufregung rührte, und zu welchem Erfolge sie geführt hat." — An seine Schilderung der Ergebnisse des Vorfalls für unsere politischen Verhältnisse schließt das Blatt eine Abweisung des eine Weile hindurch besonders stark vertretenen Wunsches nach gesetzlichen Bürgschaften, vermöge deren die Entlastung des Kaisers von einigen indirekt verantwortlichen Obliegenheiten, und die Uebertragung dieser Pflichten im Sinne einer Konzentrationsverminderung ausgesprochen werden sollte. „Als ob Verträge mit schön formulierten Paragraphen eine Gewähr böten, daß in der Leitung eines Riesenunternehmens alles nach Wunsch geht, als ob nicht gerade in außerordentlichen Verhältnissen das gegenseitige Vertrauen sich durch keine schriftliche Abmachung ersetzen ließe! Das wertvollste und bedeutsamste Ergebnis dieser Krise aber besteht gerade in der Erkenntnis, daß das Reich nur gedeihen kann, wenn Kaiser und Volk in engster Uebereinstimmung handeln, die sich auf gegenseitiges Vertrauen stützt. Das Volk darf die Tatsache nicht unterschätzen, daß in Deutschland die Monarchie einer der stärksten Machtfaktoren des Staates ist, um so schwerer, je größer das Ansehen ist, das den Träger der Krone umgibt." — Den Gedanken an ein parlamentarisches Regierungssystem im Reich erklärt das rheinische Blatt als schlechthin undurchführbar, denn die Eigenart der vorläufig konstanten Größen für Mehrheitsbildungen des Hauses verbiete den Versuch. Daß sich auf Grund des Blocks ein Kabinett zusammenstellen ließe, sei anzunehmen. Nun aber sei der Block das Gegenstück einer Mehrheit, die zum Regieren schlechterdings nicht tauge. Jede neue Reichstagswahl, darüber täusche sich wohl niemand, könne die Ziffern wiederbringen, die zu einer eventuellen Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokraten hinreichten. Der Staat aber könne nicht so weit sein Wesen verleugnen, daß er seine Leitung aus den Parteien nehme, die ihm entweder aus Grundsatz feindlich gegenüberstehen oder das konfessionelle Gemeinsamkeitsgefühl dem staatlichen Pflichtgefühl voranstellen. Aus Zentrumskreisen seien ja wohl Versuche gekommen, diesen einseitig-konfessionellen Charakter abzustreifen; aber aus dem eigenen Lager habe man mit dem Nachweis geantwortet, daß dann das Zentrum seine Daseinsberechtigung verlöre.

Daß die bürgerliche Presse sich in ihren Neujahrs-Leitartikeln vorwiegend mit den bisherigen Erfolgen der Blockpolitik und ihrer zur baldigen Lösung anstehenden größeren Aufgabe, der Reichsfinanzreform, beschäftigt, ist von selbst zu verstehen. In der Conservativen Correspondenz heißt es u. a., der Block habe seine Gegner enttäuscht.

„Er ist nicht, wie sie gehofft hatten, auseinander gefallen. Es ist ihm vielmehr gelungen, die anfänglich schier unüberwindlich scheinenden Belastungsproben erfolgreich zu bestehen und namentlich das Vereinsgesetz und die Börsengesetznovelle unter Dach zu bringen. Allerdings würden diese Ergebnisse nicht möglich gewesen sein, wenn nicht der linken Blockhälfte in jeder Hinsicht, und sowohl von der Regierung als auch von den Rechtsparteien, weitgehende Zugeständnisse gemacht worden wären. Der konservativen Partei wird die Anerkennung nicht versagt werden dürfen, daß sie durch ihr opferwilliges Entgegenkommen das meiste dazu beigetragen hat, den Bestand der neuen Reichstagsmehrheit zu sichern. In einem Punkte freilich hat die konservative Partei entschiedenen Widerstand geleistet, nämlich gegenüber den Bestrebungen der Linken, für ihre Mitwirkung auf dem einen Gebiete der Gesetzgebung Kompensationen auf einem anderen Gebiete zu erzwingen und hierzu selbst Fragen der preußischen Politik mit solchen der Reichspolitik zu verquicken. Soll das Blockverhältnis auch ferner — wie wir es wünschen — Bestand haben, dann wird die Linke unbedingt der Kompensationspolitik entsagen und sich ehrlich auf den Boden der Blockpolitik, die nur eine Kompromißpolitik ad hoc sein kann, stellen müssen."

Im übrigen räumt das konservative Parteiorgan bereitwillig ein, daß gerade die freisinnigen Fraktionen sich mit Strömungen abzufinden hatten, die auf „demokratischer" Opposition zu bestehen suchten, und es spricht die Erwartung aus, daß die Linke sich weiter für das Zustandekommen der Finanzreform voll einsetzen werde. — Zur allgemeinen parlamentarischen und zur wirtschaftlichen Lage heißt es ferner:

„Im Reiche wie in Preußen sind die Parlamente fleißig bei der Arbeit gewesen, um die den Beamten, Geistlichen und Lehrern gegebene Zusage einer Aufbesserung ihrer Bezüge in die Tat umzusetzen. Ist auch die Verabschiedung der wichtigen Vorlagen an die Voraussetzung gebunden, daß die nötigen Mittel zu deren Deckung aufgebracht werden, so darf man doch an einem ersprießlichen Ergebnisse nicht zweifeln. Beamte, wie Geistliche und Lehrer werden zwar nicht in allen ihren Wünschen befriedigt werden können. Das ist aus naheliegenden finanziellen Gründen nicht möglich. Aber sie werden so gestellt, daß sie alle Ursache haben, mit dem Gebotenen zufrieden zu sein. Wenn jetzt Agitationen im Schwange sind, um namentlich die Beamten zu Mißtrauen und Unbotmäßigkeit aufzustacheln, so sollte dieses Treiben, das im Staate nur den Arbeitgeber erblickt, gerade von den Beamten selbst als gegen Dienstpflicht und Standesehre nicht nur, sondern auch gegen die Staatsräson verstoßend, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. — Die wirtschaftliche Lage des Jahres 1908 kann als eine durchweg befriedigende nicht bezeichnet werden. Ist auch die wirtschaftliche Ungunst und die damit verbundene Arbeitslosigkeit in Deutschland bei weitem nicht so schlimm wie in den anderen Ländern, besonders wie in Großbritannien, so wirkt doch ein teilweiser wirtschaftlicher Niedergang in Handel und Gewerbe nachteilig auf die gesamte Wirtschaftslage unserer Nation. Die agitatorische Ausnutzung dieser Verhältnisse hat sich natürlich die Sozialdemokratie nicht entgehen lassen, namentlich aber hat sie das furchtbare Grubenunglück auf der Radbodzeche zu einer intensiven Verhetzung der deutschen Bergleute benutzt. Es liegt im staatlichen und nationalen Interesse, daß die durch Agitationen aufgereizten Massen der Bergarbeiter wieder zur Ruhe und Vernunft zurückgeführt werden. Was dabei geschehen kann, um die Sicherheit für Leben und Gesundheit der dem so schweren und gefahrvollen Berufe des Bergbaues Obliegenden in möglichst hohem Maße zu gewährleisten, muß selbstverständlich geschehen."

Hinweise auf die Notwendigkeit, das Bewußtsein gemeinsamer Aufgaben unter den bürgerlichen Parteien dauernd wach zu erhalten, durchziehen die weitaus meisten dieser Betrachtungen. Die Magdeburgische Zeitung bemerkt in ihren „Politischen Neujahrswünschen" über diesen Punkt:

„In so ernster Zeit können wir nur den einen Wunsch haben, daß unser Volk, seiner Kraft vertrauend, einmütig und entschlossen an die Ueberwindung der sich häufenden Schwierigkeiten gehen möge. Im Innern beruhen diese Schwierigkeiten ja vornehmlich darin, daß die Parteigegensätze auch in allgemein anerkannten nationalen und staatlichen Notwendigkeiten aufs schärfste betont werden, „daß — um mit Bismarck zu reden — jede unserer Fraktionen ihre Politik betreibt, als ob sie allein da sei, ohne Rücksicht auf das Ganze und auf das Ausland sich auf ihrer Fraktionsinsel isoliert". Das zeigt sich wiederum recht deutlich bei der Behandlung der Reichsfinanzreform. Der kleinliche Parteigeist ist es, an dem unser politisches Leben krankt. Er erschwert es, in der Frage der Reichsfinanzreform sowohl wie in der Frage der Reform des preußischen Wahlrechts und in anderen wichtigen Fragen der inneren Reichs- und Staatspolitik einen gangbaren Weg zum Ziele zu finden. Wünschen müssen wir daher, daß es im neuen Jahre gelingen möge, diesen bösen Geist, der die gedeihliche Entwicklung unserer innerpolitischen Zustände aufs schwerste beeinträchtigt, zu bannen. Namentlich wünschen wir, daß sich die Blockparteien davon frei machen, um den dringenden Staatsnotwendigkeiten Genüge zu tun. Denn das ist der einzige Weg, auf dem wir der Wiederkehr von Zuständen entgehen können, die durch den nationalen Aufschwung bei der letzten Reichstagswahl glücklich beseitigt worden sind. Auf der Linken wie auf der Rechten müssen die maßvollen und besonnenen Elemente für eine Verständigung wirken gegenüber jenen Bestrebungen, die uns das wieder zu schanden machen wollen, was vor zwei Jahren als „die Forderung des Tages" richtig erkannt und mit Erfolg durchgesetzt worden ist. Dann wird sich auch allmählich vollziehen, was Karl Lamprecht zutreffend als das bezeichnet hat, was uns heute vor allem not tut: die Politisierung der Gesellschaft."

In ähnlichem Sinne hebt die Deutsche Zeitung hervor, daß die Erträge für das Reich in den ersten drei Quartalen des laufenden Finanzjahres an Zöllen, Steuern und Gebühren um mehr als 103 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind, wodurch der Ruf nach baldiger Durchführung der Reichsfinanzreform nur noch dringender würde. Die Münchner Neuesten Nachrichten stimmen ein. Sei der Schritt bis zur Lösung der großen Aufgabe auch weit und schwierig, so könne doch niemand mehr die Notwendigkeit einer durchgreifenden Umgestaltung bestreiten.

„Das deutsche Volk, seine erwählten Vertreter und nicht zuletzt die verbündeten Regierungen, müssen, ein jeder zu seinem Teil, mithelfen, die Geschicke des Reiches zum guten zu wenden. Der Bundesrat, der, wie Bismarck es einmal in seinen Gedanken und Erinnerungen ausdrückte, „die Regierungsgewalt der Gesamtsouveränität von Deutschland repräsentiert", und der Reichstag als die Repräsentation des Gesamtvolkes müssen unablässig zusammenwirken zur Mehrung des Ansehens des Reiches nach innen und außen, dabei getragen von dem Vertrauen der Nation, die im verflossenen Jahre wiederholt — bei dem Unglück des Grafen Zeppelin, bei dem Brande von Donaueschingen, bei der Grubenkatastrophe auf der Zeche Radbod — so schöne Beweise ihres Einheitsbewußtseins und ihrer politischen Mündigkeit gegeben hat. Mit solchem ernsten Willen zur Tat dürfen wir, gestützt auf die Kraft unseres Volkstums, in ruhiger Zuversicht der dunkeln Zukunft entgegengehen."

Zum Schluß ihrer Neujahrserörterung heben die Hamburger Nachrichten hervor:

„In ernste Stimmung versetzt der Rückblick auf das vergangene Jahr, aber nicht minder der Ausblick auf das, das heute begonnen hat. Mit sorgen- und verantwortungsschwerem Ernst betreten wir den neuen Zeitraum. Wenn die gesamte Arbeit im Dienste der vaterländischen Interessen ersprießlicher werden soll, als seither, dann bedarf es allenthalben eines verstärkten nationalen Pflicht- und Verantwortlichkeitsbewußtseins, erhöhter Opferwilligkeit und der Anspannung unserer Kräfte auf das Aeußerste, in allen Schichten unseres Volkes, bei der Krone und der Regierung, in den Parlamenten und den staatserhaltenden Parteien. Der zuversichtliche Glaube an den Genius der deutschen Nation allein genügt nicht: er muß zugleich Tat sein und Erfolge bereiten und sichern. Er muß des Dichters Wort „Deutschland, Deutschland über alles!" lebendige Wahrheit und Wirklichkeit werden lassen. Nur dann kann dieser Glaube durch alle Fährnisse und Stürme der Zukunft sicher geleiten."

Es harmoniert nur sehr bedingt mit dem sympathischen Grundgedanken dieses Zurufs, wenn die Leitung der Zentrumspartei fortfährt, ihre Agitation im Osten nach dem sattsam bekannten Muster und jedenfalls nicht zu Nutzen der deutschen Sache dort zu erweitern. Man will durch den soeben bei der Reichstagsersatzwahl von Meseritz-Bomst erlittenen Dämpfer nicht beirrt erscheinen; die Hoffnungen auf künftige große Geschäfte mit den Polen müssen also ungemein locken. Welche von diesen beiden Parteien auf realem Boden dann am besten abschneiden, also die geschicktesten Direktiven beim unterirdischen Wettlauf befolgen wird, steht dahin. Auf jeden Fall ist im Osten, in Posen besonders, für die deutschen Wählerschaften künftig mit einer weiteren Verschärfung des Kampfes zu rechnen, und zwar mit einer solchen, die von außen hineingetragen worden ist. Sehr beklagenswert ist die Lage, in die dadurch die deutschen Katholiken in den gemischtsprachigen Gebieten kommen. Sie müssen sich gefallen lassen, als „Dajcz"-Katholiken, „Amtskatholiken", die wegen der Ostmarkenzulage so stimmen, beschimpft zu werden, und finden an ihrer Kirche nur in Einzelfällen Rückhalt. Mit Recht wurde im letzten Wahlkampf von deutsch-katholischer Seite hervorgehoben, daß durch diese Zentrumstaktik recht eigentlich erst ein Keil zwischen die Deutschen getrieben werde. Auch wo man bisher in konfessionellem Frieden gelebt habe, werde jetzt der Gegensatz zwischen Deutsche verschiedenen Bekenntnisses hineingetragen. Dazu tritt die Zersplitterung der Organisationen: besondere Katholikenvereine und -Versammlungen, sogar katholische Bauern, Bankgenossenschaften u. dgl. werden schon gefordert, als ob die Vereins- und Genossenschaftsorganisation auf deutscher Seite nicht schon zerspalten genug wäre. Daß dadurch die „deutschen Brüder polnischer Zunge", wie Zentrumsaufrufe die Polen nennen, loyale preußische Untertanen werden, und daß auf diese Weise am „Zentrumsgedanken die Ostmark genesen wird", das ist eine kühne Konstruktion. Am Ende wird das Zentrum voraussichtlich der Betrogene sein, aber auch so und so viele deutsche Katholiken werden polonisiert, weil sie den Druck von zwei Seiten einfach nicht mehr aushalten konnten. Denn das stärkere ist nicht das zentrumskatholische, sondern das polnischkatholische Element. Es gilt also beizeiten auf der Hut sein und die Organisationen stärken, die sich, wie die Deutsche Vereinigung im Westen, bemühen, den Standpunkt durchzuhalten, daß man ein treuer Katholik sein und ebenso treu zu seinem Vaterlande stehen kann. Mittlerweile zieht die Zentrumspresse den Konservativen gegenüber recht munter die Folgerungen, die der Wahlkampf in Meseritz-Bomst nahezulegen vermag. Die Blätter knüpfen an die Erledigung des preußischen Volksschulunterhaltungsgesetzes an; man habe im Zentrum nicht vergessen, daß die Konservativen damals eine Mehrheitsbildung mit ihm, die zu haben war, unterließen. Nun komme der abgrundtiefe Gegensatz in der Polenfrage hinzu. Die konservative Reichstagsfraktion aber schwimme vollständig im Fahrwasser der Blockpolitik und gebe unter der Führung des Herrn Dr. Roesicke vom Bund der Landwirte an Zentrumsgegnerschaft keiner anderen Partei auch nur das geringste nach. „Dies zeigt sich nicht nur bei der Erledigung der Blockgesetze, sondern auch, und zwar in noch gehässigerer Form, bei Fragen, die von der sachlichen Stellungnahme unbeeinflußt zumeist nach den Geboten der parlamentarischen Höflichkeit entschieden werden." Im Zentrum habe es sehr verstimmt, daß bei der Beratung der Interpellationen über das Kaiserinterview der Antrag des Freiherrn v. Hertling auf Vertagung von den Konservativen „auf das Kommando der Herren Everling und Semler hin niedergestimmt" wurde, obwohl vorher der Reichstagspräsident selbst den Zentrumsredner darauf aufmerksam gemacht hatte, daß er erst am folgenden Tage das Wort erhalten würde. Diese persönlichen Unfreundlichkeiten könnten zwar für das Verhältnis zweier Parteien nicht ausschlaggebend sein, das aber werde ohne weiteres zugegeben werden müssen, daß eine Partei von dem Gegner, den sie mit solchen Mitteln bekämpfe, keine besondere Rücksichtnahme erwarten dürfe. Die Deutsche Tagesztg. glaubte vor einigen Tagen den Rechtsparteien empfehlen zu müssen, gegenüber dem Zentrum „die tatsächlichen Verhältnisse mit aller Nüchternheit und Ruhe zu betrachten und aus ihnen die selbstverständlichen Forderungen zu ziehen". Diese Mahnung an das Zentrum zu richten, erscheine viel notwendiger, schließt der Kampfartikel. Auch einen kleinen Strauß auf eigene Rechnung unternahm die Kölnische Volkszeitung gegen das letztgenannte Organ, denn mit ziemlich durchsichtiger Tendenz vorgeworfen wurde, es habe sich als giftigster Gegner des Zentrums erwiesen. Die Deutsche Tageszeitung erbat den Nachweis dafür, anscheinend ohne sonderlichen Erfolg, und fuhr dann fort: „Wenn schließlich die Kölnische Volkszeitung etwa zum hundertsten Male wiederholt, die Deutsche Tageszeitung hätte das Börsengesetz von 1908 mit aller Entschiedenheit bekämpfen müssen, so wird diese Behauptung durch die oftmalige Wiederholung nicht um einen Pfifferling überzeugender. Das neue Börsengesetz hat die Wünsche der Landwirtschaft, die mit besonderer Entschiedenheit auch von den westlichen, dem Zentrum nahestehenden Bauernvereinen vertreten worden waren, endlich erfüllt. Deshalb haben wir es nicht bekämpft, sondern seine Bekämpfung für einen Fehler gehalten. Auf diesem Standpunkte stehen wir heute noch. Wenn einzelne, ganz wenige Herren im Bunde der Landwirte auf einem anderen Standpunkte stehen, so ändert das an der Tatsache nichts, daß das Börsengesetz der Landwirtschaft auf ihrem besonderen Gebiete besondere Vorteile gebracht, mindestens aber ihre alten und allgemein anerkannten Forderungen erfüllt hat."

Passend läßt sich hier auch erwähnen, was dieser Tage von der Freisinnigen Zeitung über das Reichsvereinsgesetz beigebracht wurde. Das Blatt hob hervor, auch der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Edmund Fischer lasse diesem Gesetz in den Sozial. Monatsheften Anerkennung zukommen, indem er schreibt: „Weiter kam dann die freiheitliche Entwicklung Deutschlands im Reichsvereinsgesetz zum Ausdruck, das immerhin einen Fortschritt darstellt, den man auch ruhig anerkennen kann." Die Schleppenträger der Sozialdemokratie, die Barthianer, dagegen suchten es, um sich bei den „Genossen" einzuschmeicheln, so darzustellen, als ob das Reichsvereinsgesetz die reaktionärste Tat des 20. Jahrhunderts wäre. — Erwähnung verdient, daß Dr. Barth die neulich auch hier hervorgehobene Abfuhr wegen seiner politischen Methoden in der Frankfurter Zeitung doch nur schwer verwinden kann. Er hat deshalb eine Zuschrift an die Redaktion gerichtet, worin er den Wert seiner „Aufklärungsarbeit" beweglich hervorhebt, die Vereinbarkeit liberaler und sozialdemokratischer Grundsätze abermals beteuert. Ihm wurde zur Antwort, daß es zunächst das Wichtigste sei, den Liberalismus zu sammeln und zu festigen, um ihm eine möglichst starke Position zu schaffen. „Nur auf diesem Wege, nicht aber durch Absplitterungen, kann die Sozialdemokratie dazu vermocht werden, mit dem Liberalismus anders zu rechnen als bisher, und zu erkennen, daß sie ohne einiges Vorgehen aller Linksstehenden nichts zu erreichen vermag. Die Erziehung zu dieser Einsicht muß abgewartet werden, bis eine wesentliche Weiterentwicklung in der von Dr. Barth gewünschten Richtung möglich ist; jedes Nachlaufen aber würde mehr schädlich als förderlich wirken." Von anderer Seite wurde hinzugefügt, daß Dr. Barths Bekehrung zum Freunde der Sozialdemokratie ganz seiner eigenen Geistesgeschichte angehöre, die zwischen Extremen zu schwanken bestimmt sei. Allerdings berührt sich die Wandlungsfähigkeit dieses Herrn in ihrem Wesen bisweilen schlagend mit der sozialdemokratischen selbst. Neuerdings hat die Leipziger Volkszeitung, in eine ihr offenbar lästige Polemik verwickelt, sogar zur Abwechslung einmal die gute alte Revolutionsidee preisgegeben. „Denn wer", so meinte das Blatt, unter dessen Leser Franz Mehring kaum noch zählen wird, „nur eine Ahnung vom Wesen des Sozialismus hat, muß sich darüber klar sein, daß der Sieg des sozialistischen Ideals der Sozialisierung der Gesellschaft allein abhängig ist von der ökonomischen Entwicklung. Und weil dies so ist, kann auch kein „radikaler" Sozialist der Gewalt zur Realisierung des Sozialismus das Wort reden. Wie bisher bei allen großen revolutionären Auseinandersetzungen die herrschende Klasse durch ihren Widerstand gegen jeden Fortschritt den Anlaß zu gewaltsamen Zusammenstößen gegeben hat, so würde das künftig, wenn es doch einmal dazu kommen sollte, erst recht der Fall sein. Doch die Sozialdemokratie denkt nicht an die Anwendung roher Gewalt." Damit aber kein Mensch über die Tragweite dieser Sätze in Zweifel bleibe, fügte die Leipz. Volksztg. noch hinzu: „Wenn die Möglichkeit eines sozialistischen Sieges nur in der Gewalt läge, brauchte den Sozialismus niemand zu fürchten." Nebenbei bemerkt: in den Kreisen der dem sozialdemokratischen Terrorismus ausgesetzten Arbeiter wird man darüber anders denken. Sonst freilich könnte der Glaube aufkommen, hierin sei eine echte Frucht vom Baum der Erkenntnis gereift, und für alle Fälle verdient das Geständnis registriert zu werden. Nur wird es nicht erst eines Parteitagsbeschlusses bedürfen, das Leipziger Organ der „Genossen" wiederum anders pfeifen zu machen. Die sozialdemokratische Presse ist ja nicht so von ungefähr darauf aus, alle Gegner von vornherein als politisch kreditunfähig zu behandeln. Ließe sie sich zu anderer Praxis verleiten, dann erwiese sie sich selbst als nicht fähig, ehrlich mitzuhalten. Für wen allerdings die übrige Welt aus „Gesinnungslumpen" besteht, der braucht niemals viel Sorge um seine eigenen Machenschaften zu entwickeln.

Durch den Verzicht des Abg. Held auf das Mandat ist der Reichstagswahlkreis Verden-Hoya erledigt, und eine Neuwahl steht bevor. Ursprünglich als nationalliberaler Kandidat aufgestellt und so gewählt, hat Herr Held durch die schon vor Jahresfrist naheliegende, erst jetzt aber durch den Ausgang einer neuen Prozeßverhandlung fällig gewordene Niederlegung die Chancen der Partei, der er übrigens nicht mehr angehörte, kaum gefördert. Seit Begründung des Reichs entweder nationalliberal oder welfisch vertreten, gehörte der Kreis bis 1881 zum nationalliberalen Besitzstande, wurde dann aber von dem Welfen Freiherrn v. Arnswaldt gewonnen und bis 1898 ausschließlich behauptet. Die Wahl von 1903 bedeutete für die Welfen einen schweren Rückgang: sie vereinigten im ersten Wahlgange nur 4619 Stimmen auf ihren Kandidaten, gegen 7197 im Jahre 1898. Auch bei der letzten Hauptwahl blieben die Welfen mit 5915 Stimmen gegen früher noch erheblich zurück. Die Sozialdemokratie hat es bisher über rund 3500 Stimmen, die sie schon im Jahre 1890 einmal erhielt, nicht hinausgebracht. Der Kreis ist überwiegend ländlich, da von den rund 28 000 Wahlberechtigten rund 20 000 in Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern und 7800 in Ortschaften mit 2000 bis unter 10 000 Einwohnern leben. Am 25. Januar 1907 hatte Held mit 13815 Stimmen im ersten Wahlgange gesiegt, während er 1903 erst in der Stichwahl den welfischen Gegner schlug.

Rundschau im Auslande.

Neujahrsempfang in Budapest.

Aus Budapest, 1. Januar, wird berichtet: Die Mitglieder der Koalitionsparteien des Abgeordnetenhauses erschienen heute bei den Mitgliedern des Kabinetts, um diesen ihre Neujahrsaufwartung zu machen.

In Erwiderung auf eine Ansprache des Abgeordneten Czismazia, der das unerschütterliche Vertrauen der Koalition zur Regierung zum Ausdruck brachte, berührte der Ministerpräsident auch die Bank- und die Armeefrage und wies darauf hin, daß die Ausgestaltung der Wehrmacht der Nation neue Lasten auferlege. Ungarn könne hierfür auch die Berücksichtigung seiner nationalen Interessen und seiner Nationalsprache in der Armee beanspruchen. In dieser zwischen dem König und der Nation schwebenden Angelegenheit, sagte der Ministerpräsident, begegnen wir zwar täglich entgegengesetzten Strömungen, aber wir vertrauen der inneren Berechtigung unseres Standpunktes, dessen Erfolg auch durch die Rücksicht auf die internationalen Verhältnisse gefordert wird. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Handelsminister Kossuth hielt in Beantwortung der Begrüßung der Mitglieder der Unabhängigkeitspartei eine Rede über die politische Lage. Kossuth hob hervor, daß die Unabhängigkeitspartei, welche infolge ihren Prinzipien leider eine radikale Partei sein mußte, ein Beispiel seltener Selbstentäußerung und politischer Reife gegeben, indem sie die Koalitionsregierung unterstützte, obwohl die Unabhängigkeitspartei die Majorität im Abgeordnetenhause besitze. Durch diese Mäßigung sei es gelungen, das Einvernehmen zwischen dem König und der Nation herzustellen. Kossuth konstatierte dann, daß die Regierung bei dem Monarchen in allen schwierigen Fragen aufrichtiges Wohlwollen gefunden habe. (Lebhafte Eljenrufe.)

Neujahrsempfang im Pariser Elysée.

Im Elysée zu Paris fanden gestern in hergebrachter Weise die offiziellen Neujahrsempfänge statt. Nach dem Frühstück empfing Präsident Fallières das diplomatische Korps, mit Ausnahme des italienischen Botschafters, der aus Anlaß des nationalen Unglücks später in besonderer Audienz empfangen wurde. Beim Empfang des diplomatischen Korps hielt der spanische Botschafter als Doyen eine Ansprache an den Präsidenten. Er drückte seine Freude darüber aus, daß der Friede trotz der Ereignisse und Schwierigkeiten des Jahres 1908 nicht gestört worden sei. Ferner hob der Botschafter den guten Willen der Diplomatie hervor, der es gelungen sei, die Gefahren, wenn auch nicht ganz zu beseitigen, so doch zu mindern. Er rühmte sodann die französische Regierung, die sich mit Takt und Klugheit inmitten der gegenteiligsten Bestrebungen bewege und durch ihre Haltung oder durch Rat und Tat zur Lösung auftauchender Schwierigkeiten beitrage. Vor allem habe Frankreich mit einer anderen Macht ein erhabenes Beispiel gegeben, indem es einen nachahmenswerten Vorgang zur Regelung aller internationalen Streitigkeiten geschaffen habe.

Präsident Fallières erwiderte auf die Ansprache des Botschafters und hob hervor, Frankreich werde ihm dankbar sein für die schmeichelhaften Worte, die er seiner Diplomatie gezollt habe, welche sich bemühte, gefährliche Eventualitäten zu beschwören. Die Ententen, welche die öffentliche Meinung fordere, täten der Würde der Regierungen keinen Abbruch, gestatteten aber, den Frieden in der Welt zu erhalten. Zum Schluß beglückwünschte der Präsident das gesamte diplomatische Korps dazu, daß es zu diesem Werk der Eintracht beitrage.

Die ottomanische Deputiertenkammer beschloß in ihrer Sitzung vom 31. Dezember auf Antrag des Deputierten Djahid, den Großwesir aufzufordern, in der